

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

93 (26.4.1910) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 80 Pfg., durch den Briefträger ins Haus gebracht, 80 Pfg. 3.07 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegen genommen.

Beilagen:
 Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt **„Stern und Blumen“**.
 Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt **„Blätter für den Familienkreis“**.

Anzeigen: Die sechsspaltige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Kleinanzeigen 60 Pfg., Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Abat. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
 Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 43 in Karlsruhe (Baden).
 Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft **„Adenia“** in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Postzeitung: **Dr. Theodor Weyer**; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: **Franz Wähler**; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: **Heinrich Vogel**; sämtlich in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Kleinanzeigen: **Gerhard Wähler** in Karlsruhe.

Badischer Landtag.

Unberichtigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist unterzagt.

Zweite Kammer.

68. öffentliche Sitzung.

B.Z.K. Karlsruhe, 25. April 1910.

Präsident **Hohenzollern** eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 20 Min. Am Regierungstisch: Ministerialdirektor **Göller**.

Im Einlaß befinden sich folgende Petitionen: 1. des Betriebsassistenten **Wilhelm Schüller** in Heidelberg um anderweitige Festsetzung seines Dienstalters; 2. der **Joseph Burger** in Freiburg um Nachlaß einer Verkehrssteuer von 1090 M. 30 Pfg.; 3. des Gemeinderats **Seitens** wegen Erstellung einer elektrischen Straßenbahn von Seitens nach Griesheim, sowie ein Antrag der Sozialdemokratie betr. die Verlegung eines Geleisen zur Einführung der Verhältniswahl zur Zweiten Kammer.

Es beginnt die Spezialberatung des Budgets der Forst- und Domänenverwaltung.

Abg. Kramer (Soz.) kommt auf den Anfall zurück, der sich im letzten Jahre bei der Fischerei ergab. (Redner ist bei der Urkunde des Jahres nicht verständlich.) Für den Fischerei in Mannheim wurden früher 800 M. Nacht gezahlt, jetzt werden 2000 M. dafür bezahlt. Die Nachtbedingungen sollten streng eingehalten werden.

Abg. Süßkind (Soz.) bringt ebenfalls Anregungen bezüglich der Fischerei vor.

Geb. Finanzrat Weinand gibt Auskunft auf die von den **Abg. Kramer** und **Süßkind** vorgebrachten Anregungen und Beschwerden, ist aber ebenfalls auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Säger (natl.): Was die Eingabe des Fischereiverbands betrifft, bin ich bei der Behörde vorteilhaft geworden. Was die Reinigung der Bäche betrifft, bin ich anderer Meinung als **Süßkind**. Die Fischer wünschen eine frühere Reinigung.

Abg. Kramer (Soz.) erwidert dem Regierungsvorredner, das Verbot der Köderfischerei sei einseitig ergangen, da die Berufsfischer Nachschuß legen dürfen, nur den Sportfischern habe man das Köderfischen verboten. Das sei nur eine Schikane für die letzteren.

Abg. Süßkind (Soz.): Ich muß nochmals auf die Reinigung der Bäche zurückkommen. Ich verstehe zwar von diesen Dingen so wenig wie der **Abg. Säger** (Heiterkeit). Die Landwirte wünschen eine frühere Reinigung, die Fischer nach der Brutzeit.

Abg. Säger (natl.): Süßkind habe da den ganz rechten Weg gefunden. Ich teile aber gerade Klagen von Fischern zugegangen, die allerdings auch Landwirte seien.

Abg. Stockinger (Soz.) begrüßt den Neubau des Seehauses bei Forzheim und wünscht, daß beim Bau die Bäume nicht beseitigt und die Besucher dieser Natursehenswürdigkeit nicht gestört werden.

Es ist ein Antrag aller Parteien eingegangen: Die hiesige Zweite Kammer wolle Großh. Regierung ersuchen, einen Bescheid zur Beschaffung eines Forstreferendariats vorzubereiten.

Abg. Willi (Soz.) bittet, daß eine Steigerung der Einnahmen aus der Branerei Nothaus nicht durch eine Erhöhung des Bierpreises über die Steuer hinaus erfolge und wünscht Auskunft, was die Regierung in dieser Hinsicht zu tun gedenke. Dem Beispiel der Privatindustrie dürfte nicht gefolgt werden, weil sonst eine Minderung des Absatzes eintreten könnte.

Ministerialdirektor Göller: Die Branerei Nothaus hat mit ihrem Abnehmer eine Erhöhung des Preises von 2 M. pro Hektoliter vereinbart, wodurch keine Minderung zu befürchten sei.

Abg. Duffner (Str.) aus: Wenn man es wagt, zur Steigerung der Ausnutzung der Waldbestände das Wort zu nehmen, so ist das eine große Sache. Ich bin bereit, mich für das zu einsetzen, was ich als Sachverständiger an diese Frage heran. In Bayern und auch bei uns sei, namentlich von **Oberforstrat Philipp**, die stärkere Ausnutzung der Forsten verlangt worden, insbesondere mit Rücksicht auf unsere alten Forstbestände und die lange Umtriebszeit. In der Kritik, die zugleich eine Änderung unseres Forstsystems verlangt, identisch mit manchen Überlegungen, aber auch ein durchaus berechtigter Stern zu liegen. Er müsse sich den Ausdruck zu eigen machen, daß die alten Holzbestände nicht eine wertvolle Reserve, sondern ein totes Kapital darstellen. Redner verweist auf die Vorgänge in Bayern bezüglich der über 100jährigen Bestände hin. Man fordert nun von unserer Regierung eine Herabsetzung der Umtriebszeit ohne Rücksicht auf den Standort des Holzes. Dieses Verlangen ist z. T. unberechtigt, weil das Holz in gewissen Gebirgslagen mit dem Alter an Wert gewinnt. Der **Abg. Seubert** hat mich gebeten, einen Wunsch des Ministeriums vorzubringen, wo man die Herabsetzung von 120jährigen auf eine 100jährige Umtriebszeit für berechtigt und nützlich hält. Das

Hauptgewicht lege ich auf die stärkere Ausnutzung unserer Holzbestände überhaupt. Unsere Wirtschaft soll nicht zu dem Begriff der niedrigen Verzinsung führen. Es kann als eine gesunde Wirtschaft nicht bezeichnet werden, wenn aus unseren Waldungen nicht mehr als 1 1/2 Prozent heranzugewirtschaftet wird und andererseits von der Bevölkerung in Folge der Steigerung der Ausgaben ein schmerzliches Entgegen verlangt wird. Ist es richtig, wenn man die Erbauung neuer Bahnen zurückstellt, so daß neue Eröffnungen erst in 20 Jahren in Betracht kommen, während man auf der anderen Seite das Kapital in unserem Wald zurücklegen läßt? Man sollte vielmehr diese Sparfassen angreifen und die Schaffung verbodener ideller Werte in Angriff nehmen. Ich möchte zwar die forsttechnischen und ästhetischen Gesichtspunkte nicht missen. Die Ausführungen des **Oberforstrats Philipp** haben auch bei den Gemeinden ein Echo gefunden. Die Gemeinde Neustadt hat mir darüber ein Schreiben zugehen lassen, worin gesagt wird, daß das alte Holz keinen Wertzuwachs mehr verzeichne. Das Wort „Sparfasse“ müsse man nicht gern im Forstlexikon, aber es stellt einen zweifelhaften Wert dar, wenn eine so geringe Verzinsung stattfindet, wie ich gezeigt habe. Der Gedanke der Errichtung eines Referendariats ist mir durchaus sympathisch für Staat und Gemeinde und ich meine, daß die Referate nicht allein für den Grundbesitzer, sondern auch für große Ausgaben unter Ausnutzung der Konjunktur ausgenutzt werden soll. Neben der Geldverleiher möchte ich aber die Waldarbeiter nicht missen. Etwaigen Verlusten kann ein Referendariat wirksam begegnen. Wenn ausgeführt wird im Werke **Philipp**, daß ein großer Teil unserer Holzbestände der Entwicklung des Waldes hinderlich sei, so kann man sich einerseits einen Begriff machen von den Verlusten, die bereits eingetreten, andererseits aber auch von den großen Summen, die den Referendariats zuzuführen könnten. Wäre es richtig, daß im allgemeinen eine Verleumdung stattgefunden hat, so wäre das bedauerlich. Es werden im Jahre 6 Millionen Festmeter Weichholz importiert. Hier könnte also mehr angeboten werden. Ein vermehrtes Brennholzangebot wäre ein gesundes Regulativ gegen zu hohe Kohlenpreise. Eine andere Frage ist die: Wird man die nötige Anzahl Holzarbeiter für einen größeren Holzabsatz finden? Dazu braucht man tüchtige, robuste, gesunde, gewandte Leute, die heute nicht übermäßig zu finden sind. Man sagt: Wenn zwei Tüchtigen beisammen sind, haben sie drei Meinungen. (Heiterkeit.) Es ist nicht höflich gemeint. Achtung! Habe ich auch schon von Forstleuten gehört. Das zeigt von einem großen Interesse in der Entwicklung unserer Forsten. Anzuerkennen ist, daß die alte Schule uns so große Waldbestände geschaffen. Ich halte es nicht für unsere Aufgabe, uns in alle Forstfragen einzulassen; auf einzelne Punkte können wir uns nicht festlegen. Was wir verlangen müssen, ist das, daß die Regierung die Anregungen, die aus der Debatte hervorgehen, wohlwollend prüfe und von berufener Seite Vorschläge zur Durchführung der Anregungen gemacht werden zum Wohle des ganzen.

Abg. Nebmann (natl.): Im großen und ganzen kann ich mich mit den Ausführungen **Duffners** einverstanden erklären; ich will aber auf rein technische Fragen nicht eingehen. Redner hat viele Vorlesungen und eine reichliche Literatur zu der vorliegenden Frage erhalten. Es wird ausgeführt, daß wir einen großen Vorrat von alten Beständen haben. Bei allen unteren Beständen haben wir gegenüber dem Normalbestand ein Defizit, nur bei den alten Beständen haben wir einen starken Überfluß. Diese Tatsache läßt annehmen, daß die jüngeren Bestände zu Gunsten der älteren mehr herangezogen wurden. Redner wünscht, daß die hypothetischen Zahlen bestätigt und einmal eine genaue, einwandfreie Darstellung unseres Holzbestandes gegeben werde. Eines steht fest, daß wir zu viel Altholz haben infolge der zu langen Umtriebszeit. Ich sehe davon ab, daß bei dem Altholz der Boden der Nachzucht nicht förderlich wird und sich viel Faulholz bildet, mehr ist zu beachten, daß der Wertzuwachs nicht mit dem Alter gleichmäßig wächst, sondern eine Kurve darstellt und nach einem gewissen Alter wieder sinkt. In Sachsen ist nun auf eine 100jährige Umtriebszeit mit starker Durchforstung gekommen. Bei uns zeigt sich ein höherer Waldbestand als in Sachsen. Sachsen hat aber eine Verjüngung von 26 Prozent, während wir mit einem reicheren Bestand nur 17 Prozent erzielen. Daraus ergibt sich, daß Sachsen mit kleinerem Kapital mehr erzielt, als wir, oder daß wir einen Teil unseres Kapitals im Altholz brachliegen. In unseren Warenhäusern und modernen Betrieben spielt die fürzere Umtriebszeit die größte Rolle für den Gewinn, wie andererseits beim Handwerk die lange Umtriebszeit einen Krebsgeschwür bildet. Es muß der Forstverwaltung als Verdienst angerechnet werden, daß sie den Wald aus den früheren Zuständen wieder in geordnete Verhältnisse gebracht hat; aber diese Sparfasse muß auch in einer wirtschaftlichen Weise angelegt werden, nicht wie es der Bauer macht, der sein Geld in einem Strumpf in der Erde begräbt. Es geht aus den Mitteilungen der Forstverwaltung

hervor, daß in den letzten 14 Jahren eine Steigerung des Abgabefalles stattgefunden. Man ist aber der Ansicht, daß noch eine weitere Steigerung möglich ist. Das geht auch aus der Steigerung des Budgetpostens hervor. Von **Philipp**, einem Forstmann, bei dem man Liebe zum Forst voraussetzen kann, wird gefordert, daß 150 000 Festmeter mehr abgegeben und dabei eine Mehreinnahme von 1 Million erzielt werden könnte. Es wäre freilich zu befechtigen, daß der Holzpreis gedrückt würde.

Die Befürchtung **Duffners**, daß es an Waldarbeitern fehlen würde, kann ich ebenfalls teilen. Er möchte anregen, daß man wie früher, Waldarbeiterkolonien schaffen würde. Es sollten Holzgütern von der Regierung gekauft, und wenn sie nicht anders verwendbar, zu Arbeiterkolonien verwendet werden. Redner verbreitet sich noch über die Durchforstung und Zwischennutzung. Es gibt gewisse Bezirke, wo man diese Arbeit dem lieben Gott überlassen und die Bäume absterben lassen möchte, daß an manden Stellen die Hälfte des Wertbetrags weggenommen werden könnte, so ergibt sich, daß daraus große Summen gewonnen werden könnten, andererseits aber den anderen Pflanzen das Fortkommen erleichtert würde. Die freistehenden Stämme sind die tüchtigsten und zuwachsstärksten, während die eingezäunten schwach und oh meissen den Insekten angesetzt sind. Das betont sein geringerer als **Oberforstrat Gretsch**. Es hat bei anderer Finanzlage etwas ernteliches, wenn man sagen kann, da liegt eine Million. Die braucht man nur zu nehmen. Dem widerlegen sich aber die Forstleute; sie sagen, was dem Walde genommen wird, soll ihm auch wieder zukommen. Sie verlangen die Schaffung eines Referendariats. Wir stellen Jahr für Jahr eine bestimmte Summe ins Budget ein, die der Wald erbringen muß, ohne Rücksicht auf die Schwankungen der Holzpreise oder Windfälle. Darin liegt eine Ungerechtfertigkeit. Hier soll nun der Referendariats einreisen, um die Zufallsfaktoren des Marktes und der Natur zu begegnen. In Württemberg hat man ebenfalls einen Referendariatsfonds geschaffen, die Erwartungen sind übertraffen. Es waren 300 000 Festmeter vorgelesen auf zehn Jahren. Nun nach zwei Jahren ist der Betrag schon erreicht. Es hat sich gezeigt, daß ein viel größerer Betrag hätte eingekauft werden können. Wenn die Domänenwäldungen als Sparfasse angesehen werden, so stellen die Gemeinbewaldungen eine Ueber-sparfasse dar, weil hier mit der Abgabe noch mehr zurückgehalten wird als beim Staat. Es wird sich also empfehlen, hier nicht nur ausnahmsweise, sondern regelmäßig einen größeren Abgabefall einzuführen. Was hier gesagt wird, ich glaube auch im Namen **Duffners** sagen zu können, soll kein Angriff sein auf unsern Wald. Wir Deutschen haben eine andere Auffassung von Wald und sind zu eng mit ihm verknüpft. Redner verweist auf das Schicksal des Waldes in anderen Staaten und Ländern. Wir wollen auch keinen Eingriff in die Selbständigkeit der Forstverwaltung. Ich befinde mich da wieder im Einklang mit **Duffner**. Damit vertritt sich auch der ästhetische Gesichtspunkt, daß man einmal ein schönes Bild Wald haben läßt. (Wrao.)

Abg. Weiskopf-Willendorf (Str.) möchte vom Standpunkt des Raies auf einige Fragen eingehen. In der Bodenbesetzung bildet für manche Gemeinde der Wald das einzige Vermögen. Man zieht keine Anlagen von den Ausführenden der Forstämter und der meiner Vorredner. Man muß Rücksicht nehmen auf den Boden, auf dem das Holz steht. Wir haben in der Nähe im Oberland die hochholzernenden Wäldungen und ich möchte der 80jährigen Umtriebszeit nicht das Wort reden. Dagegen möchte er die Praxis der Turn- und Taxischen Verwaltung empfehlen. Was die Verjüngung anbelangt, stimme ich mit der Regierung überein. Was die großen Richtungs schläge anbelangt, so halte ich diese nicht für rentabel. Das Altholz sollte nicht 15 Jahre stehen bleiben und dann erst gefällt werden, weil es bei der jungen Kultur großen Schaden anrichtet beim Fällen und Abführen. Darum sollte lieber ganz abgeholt werden. In unseren Wäldungen im Oberland bestehen keine Klagen über den Mangel von Weganlagen. Der Bestand an Altholzern ist ein größerer, als angenommen wurde bei den Windfällen in den Wäldern der Gemeinde und Spitalverwaltung **Willendorf** hat man Erfahrungen gemacht, die hoffentlich nicht eine Wiederholung derselben Anordnungen der Regierung in einem ähnlichen Fall bringt. Die Regierung hat die Aufbereitung der Hänger unterlag, im nächsten Jahre waren sie dürr und dann kam der Käfer in das junge Holz. Eine große Masse Holz mußte zum Schaden der Korporationen verbrannt werden. Er möchte bitten, daß den Wünschen der Gemeinden nach einer größeren Nutzung nicht entgegengetreten werde. Was nicht die Gemeinden, wenn man sie auf die 50 Millionen im Waldbesitz hinweist, wenn man es können aber nicht ermöglicht, diesen Besitz auch anzunehmen.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Ich schließe mich dem Lob meines Vorredners für das sachmännliche Urteil

Duffners an und dehne dasselbe auch auf **Nebmann** aus, der gezeigt hat, daß man ein guter Forstmann sein kann, ohne ein Jäger zu sein. Im allgemeinen sind meine Freunde geneigt, den Sachmännern zu glauben, die meinen, unsere Regierung sei zu konservativ. Man wird den Sachleuten gerne glauben, die sagen, daß eine größere Nutzung möglich ist. Die Regierung befreit dies zwar, hat ihnen aber bereits in so weit recht gegeben, als sie einen größeren Betrag in das Budget einstellte. Wenn sie so fortfährt, so findet das unsere völlige Billigung.

Abg. Beneden (Dem.): Mit noch größerem Recht als **Duffner** dürfe er sagen, daß er mit einem gewissen Schaudern über diese Sache spreche. Eine Verechtigung müsse den Ausführungen der Sachmännern **Philipp** und **Fischer** innewohnen, die zu gleicher Zeit ganz dieselben Bedenken geäußert haben. Wenn man einerseits sehen muß, welche Werte hier im Wald verborgen liegen und andererseits die größten Verkehrsbedürfnisse zurückgestellt werden müssen, so ist das doch ein wichtiges Moment. Wir will es scheinen, daß unsere Forstverwaltung hinter den Fortschritten der Industrie zurückgeblieben ist. Die alten Holländer braucht man nicht mehr wie früher, weil jetzt Eisen verwendet wird. Holz braucht man heute mehr für die Papierfabrikation. Er möchte darauf hinweisen, daß ein neues Verfahren gefunden ist zur Verwendung des Buchenholzes als Eisenbahnwellen. Er habe vollen Sinn für die Poesie des Waldes und deren Schönheit.

Gesamrat Träger: Es muß ein gewisses Maß gehalten werden. Es ist von den beiden Vorrednern gesagt worden, unsere Forstverwaltung sei zu konservativ. Wenn ich die Parteiverhältnisse dieses Hauses anwenden darf, so muß ich sagen, unsere Forstverwaltung ist jungliberal. (Heiterkeit.) Es ergibt sich jetzt schon im Abgabefall eine Steigerung um 1 1/2 Festmeter gegenüber dem Budgetsatz vor 3 Jahren. Wir werden eine größere Nutzung in den Bezirken eintreten lassen, wo dies möglich ist. Die Ausgaben für die Wegbauten sind gekürzt worden. Fast alle Redner haben gewünscht, daß mit dem Wegbau weitergegangen werde. Der sofortigen Ausnutzung der Althölzer und der generellen Herabsetzung der Umtriebszeit steht die von mir gemachte Einwendung entgegen, daß Maß gehalten werden muß. Der springhaften Nutzung stehen folgende Gesichtspunkte entgegen: Die Nutzung kann nicht ins Blaue hinein erhöht werden. Beim Kuchholz würde der Preis gedrückt. Das Brennholz beträgt 57 Prozent des Kuchholzes. Hier müßte ein Preisrückgang stattfinden. Manchmal ist es schon unrentabel, die großen Bestände zu schlagen, ehe das Wegenetz ausgebaut ist. Später, wenn die Wege ausgebaut sind, wird der Abgabefall alsbald erhöht. Jetzt hieße die Erhöhung des Abgabefalles nur Verjüngung treiben. Was die Arbeiter betrifft, so würden durch größere Arbeiteranstellungen die anwesigen Arbeiter geschädigt. Alle diese Gesichtspunkte dürfen bei der Festsetzung des Abgabefalles nicht übersehen werden. Auch aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen können wir nicht darauf eingehen. Der Staat darf keine Holzfabrik sein. Auch unsere Harten Hölzer sind im Preise verschieden, je nachdem die Holzpreise steigen. Wir haben bei 39 Großholzfirmen angefragt, wovon 29 Antwort gaben. Darunter hat nur eine einzige Firma das Bedürfnis nach Starthölzern bemerkt, 26 haben das Bedürfnis für jetzt und die Zukunft unbedingt betont. Eine der größten Firmen sagt, daß der Preis der Starthölzer anziehen werde, weil der Import aus Rußland nachlassen werde. Ein größeres Sägewerk des Schwarzwaldes sagt, es müsse im Winter wegen Mangel an Starthölzern den Betrieb einstellen. Wir müssen berücksichtigen, daß ein erheblicher Teil unserer badischen Industrie auf der Schönheit unseres Schwarzwaldes beruht. Was würde für eine Enttäuschung entstehen, wenn man die alten Bestände bei Baden-Baden wegnehmen wollte? Mit noch größerem Recht können alle stehende Kurhäuser die Schönheit des Waldes verlangen. Auch an den begangenen Touristenwegen müßte der Wald geschont werden. Wir müssen den Ruf unseres Waldes schützen. Sachsen hat keinen schönen Wald mehr; auch in Württemberg ist man zu rasch vorgegangen. Ein Wald ist rasch weggebaue, aber nicht rasch wieder hingestellt. Ich sage das selbst dann, wenn ich als konservativ vertrieben würde, was ich weder in diesem noch in parteipolitischen Sinne bin. In diesen Fragen muß eine große Vorsicht wachen.

Sie wird abgebrochen.

Es ist eine Resolution der Sozialdemokratie eingegangen: Die Zweite Kammer spricht die Erwartung aus, die Großh. Regierung möge, nachdem das Vorhandensein von Kallialzlagern im Großherzogtum festgestellt ist, die Vorbereitungen zum Abbau der Kallialager alsbald treffen.

* Morgen vormittag 9 Uhr: Fortsetzung der heutigen Beratung; Spezialbudget der Oberrechnungskammer für 1910/11 mit der zugehörigen Petition

Duffners an und dehne dasselbe auch auf **Nebmann** aus, der gezeigt hat, daß man ein guter Forstmann sein kann, ohne ein Jäger zu sein. Im allgemeinen sind meine Freunde geneigt, den Sachmännern zu glauben, die meinen, unsere Regierung sei zu konservativ. Man wird den Sachleuten gerne glauben, die sagen, daß eine größere Nutzung möglich ist. Die Regierung befreit dies zwar, hat ihnen aber bereits in so weit recht gegeben, als sie einen größeren Betrag in das Budget einstellte. Wenn sie so fortfährt, so findet das unsere völlige Billigung.

Abg. Beneden (Dem.): Mit noch größerem Recht als **Duffner** dürfe er sagen, daß er mit einem gewissen Schaudern über diese Sache spreche. Eine Verechtigung müsse den Ausführungen der Sachmännern **Philipp** und **Fischer** innewohnen, die zu gleicher Zeit ganz dieselben Bedenken geäußert haben. Wenn man einerseits sehen muß, welche Werte hier im Wald verborgen liegen und andererseits die größten Verkehrsbedürfnisse zurückgestellt werden müssen, so ist das doch ein wichtiges Moment. Wir will es scheinen, daß unsere Forstverwaltung hinter den Fortschritten der Industrie zurückgeblieben ist. Die alten Holländer braucht man nicht mehr wie früher, weil jetzt Eisen verwendet wird. Holz braucht man heute mehr für die Papierfabrikation. Er möchte darauf hinweisen, daß ein neues Verfahren gefunden ist zur Verwendung des Buchenholzes als Eisenbahnwellen. Er habe vollen Sinn für die Poesie des Waldes und deren Schönheit.

Gesamrat Träger: Es muß ein gewisses Maß gehalten werden. Es ist von den beiden Vorrednern gesagt worden, unsere Forstverwaltung sei zu konservativ. Wenn ich die Parteiverhältnisse dieses Hauses anwenden darf, so muß ich sagen, unsere Forstverwaltung ist jungliberal. (Heiterkeit.) Es ergibt sich jetzt schon im Abgabefall eine Steigerung um 1 1/2 Festmeter gegenüber dem Budgetsatz vor 3 Jahren. Wir werden eine größere Nutzung in den Bezirken eintreten lassen, wo dies möglich ist. Die Ausgaben für die Wegbauten sind gekürzt worden. Fast alle Redner haben gewünscht, daß mit dem Wegbau weitergegangen werde. Der sofortigen Ausnutzung der Althölzer und der generellen Herabsetzung der Umtriebszeit steht die von mir gemachte Einwendung entgegen, daß Maß gehalten werden muß. Der springhaften Nutzung stehen folgende Gesichtspunkte entgegen: Die Nutzung kann nicht ins Blaue hinein erhöht werden. Beim Kuchholz würde der Preis gedrückt. Das Brennholz beträgt 57 Prozent des Kuchholzes. Hier müßte ein Preisrückgang stattfinden. Manchmal ist es schon unrentabel, die großen Bestände zu schlagen, ehe das Wegenetz ausgebaut ist. Später, wenn die Wege ausgebaut sind, wird der Abgabefall alsbald erhöht. Jetzt hieße die Erhöhung des Abgabefalles nur Verjüngung treiben. Was die Arbeiter betrifft, so würden durch größere Arbeiteranstellungen die anwesigen Arbeiter geschädigt. Alle diese Gesichtspunkte dürfen bei der Festsetzung des Abgabefalles nicht übersehen werden. Auch aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen können wir nicht darauf eingehen. Der Staat darf keine Holzfabrik sein. Auch unsere Harten Hölzer sind im Preise verschieden, je nachdem die Holzpreise steigen. Wir haben bei 39 Großholzfirmen angefragt, wovon 29 Antwort gaben. Darunter hat nur eine einzige Firma das Bedürfnis nach Starthölzern bemerkt, 26 haben das Bedürfnis für jetzt und die Zukunft unbedingt betont. Eine der größten Firmen sagt, daß der Preis der Starthölzer anziehen werde, weil der Import aus Rußland nachlassen werde. Ein größeres Sägewerk des Schwarzwaldes sagt, es müsse im Winter wegen Mangel an Starthölzern den Betrieb einstellen. Wir müssen berücksichtigen, daß ein erheblicher Teil unserer badischen Industrie auf der Schönheit unseres Schwarzwaldes beruht. Was würde für eine Enttäuschung entstehen, wenn man die alten Bestände bei Baden-Baden wegnehmen wollte? Mit noch größerem Recht können alle stehende Kurhäuser die Schönheit des Waldes verlangen. Auch an den begangenen Touristenwegen müßte der Wald geschont werden. Wir müssen den Ruf unseres Waldes schützen. Sachsen hat keinen schönen Wald mehr; auch in Württemberg ist man zu rasch vorgegangen. Ein Wald ist rasch weggebaue, aber nicht rasch wieder hingestellt. Ich sage das selbst dann, wenn ich als konservativ vertrieben würde, was ich weder in diesem noch in parteipolitischen Sinne bin. In diesen Fragen muß eine große Vorsicht wachen.

Sie wird abgebrochen.

Es ist eine Resolution der Sozialdemokratie eingegangen: Die Zweite Kammer spricht die Erwartung aus, die Großh. Regierung möge, nachdem das Vorhandensein von Kallialzlagern im Großherzogtum festgestellt ist, die Vorbereitungen zum Abbau der Kallialager alsbald treffen.

* Morgen vormittag 9 Uhr: Fortsetzung der heutigen Beratung; Spezialbudget der Oberrechnungskammer für 1910/11 mit der zugehörigen Petition

der Beamtin der Oberrechnungskammer und Abhör des Rechnungsergebnisses der Oberrechnungskammer; ferner Gelegenheitsbetr. die Zentralfürsorge. Schluß 8 Uhr.

Rede Dr. Scharnighs über die Bedeutung des Windthorstbundes.

Auf der am letzten Freitag abgehaltenen Zentrumsversammlung führte Generalsekretär Dr. Scharnighs aus dem Munde in seiner Rede folgendes aus:

Wen allen Seiten erschallt heute der Ruf nach politischer Mitarbeit, wird die Notwendigkeit politischen Interesses, politischer Bildung, politischer Betätigung betont. Wo liegen die Gründe für diese Forderung? 1. Die öffentlichen Körperschaften (Reich, Staat, Gemeinde) haben ein großes Interesse daran, „Vollbürger“ zu besitzen, die lebendigen Anteil an den Geschäften des Volkes und der öffentlichen Korporationen selbst nehmen. Aber nicht nur die öffentlichen Körperschaften haben ein Interesse an politischer Schulung und Betätigung des Volkes, auch die politischen Parteien müssen beides von ihren Anhängern verlangen.

Zunächst haben die sozialpolitisch tätigen Parteien ein Lebensinteresse daran, daß die einzelnen Stände zum Verständnis und zur Ruhrarmachung der für sie geschaffenen Gesetze erzogen werden. Aber auch für die übrigen politischen Parteien müssen sie Verständnis und Teilnahme heute mehr als früher werden. Heute stehen in der breiten Öffentlichkeit Programme und Politik der Parteien zur Debatte; die große Verbreitung der Presse und die Agitation von Mund zu Mund, der heisse Kampf um Stühle und Herzen, vor allem der heranwachsenden Generation, zwingt die Parteien, auf offenem Markte ihre Grundgedanken und Tätigkeiten für sich zu erklären und zu verteidigen, wollen sie fernbleibende für sich gewinnen oder doch wenigstens die Gefolgschaft ihrer bisherigen Anhänger sich sichern. Lassen Sie mich bezüglich einiger Programmpunkte des Zentrums Ihnen darlegen, wie mangelnde politische Schulung und Schulung unsere Partei in große Gefahren bringen kann, wie viele Schichten ihrer Anhänger das Interesse an ihrer Partei verlieren können, wenn sie — beeinflusst durch Strömungen in anderen Tagen — das Verständnis für prinzipielle Forderungen des Zentrums verlieren.

Das Zentrum muß seinen Feinden und heute leider auch manchen Anhängern gegenüber zunächst seinen Charakter als Verfassungspartei mit allem Nachdruck betonen.

Was heißt das: „Verfassungspartei“? Das will sagen: rücksichtslos auf den Boden der Verfassung sich stellend, arbeitet unsere Partei nach Kräften mit an der Lösung aller Aufgaben, die an Reich und Staat heran treten. Unsere Abgeordneten betrauen sich bei dieser Arbeit — nach dem Willen der Verfassung — als Vertreter des ganzen Volkes. Wenn wir den Charakter der Verfassungspartei als Verfassungspartei vor Bedeutung bewahren wollen, müssen wir die Werte der Verfassungspartei mit aller Klarheit und allem Nachdruck Freund und Feind gegenüber verteidigen, den Vorwurf der Konfessionalität mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Was heißt das: „Katholische Partei, konfessionelle Partei in seiner letzten Konsequenz, wie es von unseren Gegnern verstanden, uns vorgeworfen und allgemein aufgenommen wird?

Das will nicht etwa besagen: Das Zentrum ist eine aus Katholiken zusammengesetzte, aber interkonfessionelle Partei treibende Partei, sondern dieser Vorwurf ist für eine verfassungspolitische Partei; er behauptet, die Zentrums partei treibe konfessionelle Politik; sie hat als obersten Grundgedanke: wir wollen sorgen durch alles, was wir in den Parlamenten tun, für die katholische Kirche; ihre Freiheit, ihre Rechte wollen wir schützen. Bei jedem Gesetz, bei jedem Auftrage fragen wir: wie stimmt das zu unserem Ziele, wie dienen wir damit der katholischen Kirche? Alle anderen Ziele sind uns gleichgültig oder nebensächlich, kommen erst in zweiter Linie. In jenen obersten Grundgedanken sind wir einzig, in den anderen lassen wir Freiheit; wir einigen uns vielleicht mit anderen, in politischen Fragen, aber nicht um dieser Fragen selbst willen, sondern um religiöser, kirchenpolitischer Zwecke willen. So entlehrt der Katholik, die do et da — Politik. Das, meine Herren, ist schon ausgesprochen, der Inhalt des Vorwurfs: katholisch-konfessionelle Partei. Das ist das, was von unseren Gegnern in das Wort hineingelegt wird.

Weshalb verwehren wir uns gegen eine solche Auffassung von der Zentrums partei? Nun, eine solche Partei wäre ein Unfug, sie gehörte nicht ins Parlament. Ganz abgesehen davon, daß sie der Natur der Sache nach nur aus Katholiken bestehen könnte und damit nicht mehr auf dem Boden der Verfassung stünde, wonach die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes sind, sie verstände auch absolut nicht die Aufgaben des Parlaments. Dort muß oberster Grundgedanke sein: wie schaffe ich als Abgeordneter an dem Wohle der deutschen Nation? Wie helfe ich am besten das Wohl des Staates fördern? Aus diesem Gesichtswinkel heraus nehme ich Stellung, schaffe ich Gesetze, verbinde ich mich mit Parteien und nehme Stellung für oder gegen die Regierung.

Selbstverständlich werde ich als Abgeordneter bei den weissen Fragen in der Stellungnahme durch meine Weltanschauung bestimmt, aber in einem Staat, der nicht nur aus Katholiken, sondern auch, und noch gar zur Mehrheit, aus Protestanten besteht, kann ich als katholischer Abgeordneter nicht einseitig meine katholische Weltanschauung zur Geltung bringen wollen; ich muß vielmehr auch Rücksicht nehmen auf die Weltanschauung meiner andersgläubigen Mitbürger; deshalb kann ich nur die der weit überwiegenden Mehrheit unserer gemeinsamen christlichen Weltanschauung zur Grundlage meiner Entschlüsse machen.

Eine konfessionelle Partei, wie ich sie oben nach dem Urteile unserer Gegner skizziert habe, wäre wahrlich ein Fremdkörper im Parlament, eine Ungeheuerlichkeit, wie Bismarck sagte: sie müßte vom Boden des Parlamentes verschwinden. Eine solche Partei wäre aber auch erfolglos; denn auf ihrem Boden könnten sich nicht die Andersgläubigen in Deutschland halten. Sie bliebe also im Parlament eine geborene Minorität, die keine Minderheitsfähigkeit besitzt; denn sie spräche eine ganz andere Sprache als die anderen Parteien. Wenn bis heute andere Parteien sich mit dem Zentrum häufig verbündet haben, so beweist das, daß sie sich die Auffassung verfassungspolitischer Verleumdung von dem Charakter der Zentrums partei nicht zu eigen gemacht haben. Eine solche Partei wäre auch deshalb erfolglos, weil auf diesen Boden sich nicht stellen könnten die anderen Faktoren der Gesetzgebung, z. B. Herrenchaus und Bundesrat, Regierung und Krone. Ja, eine solche Partei würde eine Isolation aller Nichtkatholiken gegen sich schaffen und provozieren. Schon der Schein eines solchen Vorwurfs müßte einleiten auf alle anderen. Sie würde vor allem als hindernisshafte Partei keine Bedeutung haben in dem Kampfe zwischen christlichen und nichtchristlichen Parteien. Eine solche Partei müßte auch in sich zusammenbrechen, denn in diesen Fragen, die das Parlament beschäftigen, könnte sie als Partei nicht mithelfen, da ihr Programm und Interesse dafür fehlen würden. Nur in kirchenpolitischen Fragen und jenen, die sich mit ihnen verknüpfen lassen, wäre sie handlungsfähig und interessierbar, ja sogar der Reim und Anlaß zur Beteiligung, da die einzelnen Mitglieder der Partei den wirtschaftlichen und politischen Fragen natürlich nicht leidenschaftlos gegenüberstünden.

Meine Herren! Sie werden vielleicht finden, daß ich dem Nachweis der Interkonfessionalität des Zentrums einen zu breiten Raum in meinen Ausführungen eingeräumt habe. Aber angeht es nicht in letzter Zeit aufstrebenden Bestrebungen, die von unseren großen Führern geschaffenen Grundgedanken unserer Partei zu untergraben, habe ich mich hierzu verpflichtet gefühlt. Hier tut gründliche Aufklärung im Interesse der Erhaltung unserer Partei dringender Not. Immer und immer wieder müssen wir unseren in diesem Punkte unerschütterlichen Freunden und den berufsmäßigen Verdächtigen des rein politischen Charakters unserer Partei in den Reihen unserer Gegner gegenüber den Beweis führen, daß das Zentrum seinem Programm, der Intention seiner Gründer und seiner Praxis nach keine konfessionelle Politik treibt. Wenn man den Vorwurf der Konfessionalität daraus erheben will, daß Leitern für das Zentrum stets der christliche Gedanke, sein Ziel stets die Erhaltung der christlichen Kultur, die Ordnung aller ausstehenden Fragen nach den Grundgedanken der christlichen Ethik und sozialen Gerechtigkeit ist, so können wir demgegenüber gewiß mit vollem Recht darauf hinweisen, daß das Zentrum sich allen christlichen Konfessionen gemeinsam ist und daß wir an der Erreichung dieser Ziele noch mit allen zusammen arbeiten können, denen es noch mit ihrem Christentum ernst ist.

Ich möchte hier den innigen Wunsch aussprechen, daß die Überzeugung von der Notwendigkeit der Betonung des interkonfessionellen, rein politischen Charakters des Zentrums aufgrund eingehenden Studiums der so wichtigen Frage recht bald Gemeingut wenigstens aller Anhänger unserer Partei würde.

Nicht nur für den Charakter der Zentrums partei als Verfassungspartei in diesem weiteren Sinne des Wortes steht heute vielfach das Verständnis unter ihren Anhängern, sondern auch für ihre Bedeutung als Verfechterin der verfassungspolitischen, staatsbürgerlichen Rechte des Volkes. Diese Rechte sind aber aufs äußerste gefährdet, wenn die Angehörigen unserer Partei auf ihre Erhaltung nicht den größten Wert legen und diese Verfassungspartei nicht mit allem Nachdruck betonen. Ich erinnere nur an die Abhaltung des Reichstagswahlrechts in seiner heutigen Form, dem immer neue Feinde entstehen, an die Sicherung des so außerordentlich wichtigen Budgetrechts, dessen Verteidigung durch die Zentrums partei bekanntlich zur Auflosung des Reichstags im Dezember 1906 geführt hat; ich weiß nicht, ob die Partei im Lande der Frage so große Bedeutung beigemessen hat wie die Fraktion, ob wir so gut im Wahlkampf abgeschnitten hätten, wenn der Wahlkampf sich nur um Erhaltung dieses Rechtes gedreht hätte und nicht viel mehr auch das konfessionelle Moment ungeschicklicher Weise hineingetragen worden wäre von unseren politischen Gegnern? Ferner drängt sich hier unwillkürlich die Frage auf: kann sich unsere Partei bei den denkwürdigen Kämpfen um fundamentale konstitutionelle Rechte des Volkes der hollenden Konfessionen ihrer Anhänger verliert halten? Wenn die Meinung zum Ausdruck gegenüber absolutistischen Tendenzen, wie sie heute künstlich und zielbewußt gepflegt werden, und in so gottschrecklichen Verhältnissen unserer Zeit schon ein charakteristisches Gespräch gegeben haben, auch in die Kreise unserer Anhänger schon eingedrungen ist, dann gewiß nicht.

Eine weitere aus Anfechtung geborene Gefahr ereignet der Zentrums partei in der mangelnden Vertiefung ihrer Bedeutung für die gefährdeten Interessen der deutschen Katholiken und der christlichen Weltanschauung überhaupt. Ist es nicht ein Widerspruch, wenn ich auf der einen Seite behaupte, das Zentrum sei keine konfessionelle, keine katholische Partei und auf der anderen Seite von einer großen Bedeutung des Zentrums für die Interessen der deutschen Katholiken spreche? Unsere Gegner wollen allerdings darin einen unlöslichen Widerspruch sehen. Tatsächlich ist ein solcher zwischen den beiden Parteien nicht vorhanden; die Zentrums partei ist keine konfessionelle, keine katholische, sondern eine Verfassungspartei, eine rein politische Partei, die die Interessen aller Konfessionen und aller Berufsstände vertritt; daß sie vor allem der Interessen der Katholiken sich annimmt, liegt darin begründet, daß diese Interessen im „protestantischen“ deutschen Reich gefährdet sind und keine andere Partei sie mit Wärme und Nachdruck vertritt. Die eigenartige Entfaltung der politischen Parteien in Deutschland, die alle mehr oder weniger konfessionell-geprägten Tendenzen haben, hat bewirkt, daß die Katholiken sich für diese nicht erwärmen konnten. Heute ist das Zentrum allerdings bezüglich der politischen Vertretung der Katholiken, aber keineswegs nur der Katholiken! Die Bedeutung des Zentrums für die Interessen der deutschen Katholiken wird heute aber längst nicht mehr von allen Katholiken erkannt. Tausende von Katholiken kennen die traurige Realpolitik ihrer Glaubensgenossen in Sachen, Braunschweig, Mecklenburg überhaupt nicht und schämen deshalb auch die Tätigkeit der Partei nicht, die lediglich partiitische Behandlung, nicht Bevorzugung der Katholiken durchsetzen will. Wenn kürzlich ein katholischer Universitätsprofessor Dr. von Savigny in Kämpfer die Behauptung aufzustellen wagte, schon der bloße Bestand des Zentrums gefährde den konfessionellen Frieden, dann darf man sich allerdings über die ungerietenen Anschauungen weniger gebildeter Katholiken nicht mehr wundern.

An diesen beiden Beispielen mögen Sie erkennen, wie tatsächlich große Gefahr besteht, daß die Bedeutung der Zentrums partei von vielen ihren Anhängern längst nicht mehr mit der nötigen Klarheit erkannt wird, und daß unsere Partei ein direktes Lebensinteresse an gründlicher politischer Aufklärung hat.

Politisches Verständnis und erfolgreiche politische Betätigung, die unserer Partei dringender Not, sind aber nicht möglich ohne politische Bildung. Politische Reife stellt sich nicht von selbst ein, politisches Urteilsvermögen bildet werden. Politisches Wissen, politisches Urteilsvermögen, politische Betätigung ist die richtige Reihen- und Stufenfolge.

Was versteht man unter politischem Wissen? Nicht nur Kenntnis der Einrichtungen im Reich, Staat und Gemeinde (Wahlverwaltung, Regierungsorgane usw.), sondern auch deren Bedeutung und Funktionen im Staat und Gemeindegewand.

Man versteht darunter ferner die Kenntnis der in der Nation wirkenden Kräfte, der Grundanschauungen der verschiedenen Parteien, ihres politischen, wirtschaftlichen, religiösen, kulturellen Programms. Versteht die einzelne Partei einen Segen für unser Vaterland, hat ihre Politik sich bewährt? Wer diese Fragen in der bestehenden Sinne z. B. bezüglich der Zentrums partei nach reiflichem Studium sich beantwortet hat, wer aufgrund politischer Bildung die feste Überzeugung gewonnen hat von der Güte des Zentrumsprogramms und der Unentbehrlichkeit dieser Partei im Interesse der eigenen Weltanschauung, der wird für das Zentrum mit seiner ganzen Person eintreten, der wird auch den rechten Opfermut besitzen, dessen keine Partei bei ihren Anhängern entzagen kann, der wird z. B. als Zentrumsmann für seine politische Überzeugung dieselben Opfer bringen, dieselbe geschäftliche und gesellschaftliche Zurücksetzung sich gefallen lassen, die so mancher Katholik seiner religiösen Überzeugung zuliebe trägt. Erkennen Sie nun meine Herren, daß die Zentrums partei an politischer Durchbildung ihrer Mitglieder ein eminent großes Interesse hat?

Redner begründet dann ausführlich, weshalb wir schon die Jugend in unseren Windthorstbünden schulen. Aber verdrängt nicht die Politik leicht den Charakter, besonders wenn man sich hier in jungen Jahren widmet? Auch eines der beliebtesten Schlagwörter! Gewiß kann sie es, wenn z. B. jemand in der Weise Politik treibt, oder

besser gesagt, Mißbrauch damit treibt, daß er ohne hinreichende Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, bei mangelhafter allgemeiner und politischer Schulung an der Stellungnahme der Parteien über an Maßnahmen der staatlichen und kommunalen Behörden Kritik übt oder verächtliche, ja sogar sarkastische Kritik über den Gegner schlechte Motive unterstellt, also nicht mit ethischen, hohen Werten den Kampf führt. Wer aber den Windthorstbund den Vorwurf macht, daß sie in dieser Weise und mit solchen Mitteln arbeiten, der kennt ihre Art entweder nicht oder er entlehrt sie mit Absicht. Wir wissen nur zu gut, daß ein großes Maß von politischen Kenntnissen nötig ist, um einermöglichen Verständnis für das Getriebe des modernen politischen Lebens zu gewinnen, und daß der Mangel solcher Kenntnisse das Gefühl der Schwäche dem Gegner gegenüber zur Anwendung der genannten unethischen Mittel führt, und weil wir diese Mittel unter allen Umständen vermeiden und aus unseren Kreisen verbannen wollen, deshalb gilt unser Kampf der politischen Kampferziehung und Aufklärung.

Dieser Kampf aber führen wir auf positive Weise, indem wir uns in systematischer Arbeit in eifrigem Studium gründliche Kenntnisse aneignen, bestrahlt sind, und damit komme ich zur Wiederholung eines weiteren gegen uns erhobenen Vorwurfs: als keine die Windthorstbünde Rebellens junger, unreifer Leute, Vereinigungen, die ihre Hauptaufgabe in der forcierten Bildung von Verammlungsrednern sahen.

Demgegenüber betonen wir mit allem Nachdruck, was wir füglich wieder zum fundierten Male offiziell erklärt haben: Die Windthorstbünde wollen Vereine junger Männer sein, die ihre Mitglieder befähigen für die Teilnahme an politischen Leben, d. h. sie planmäßig einführen in das Verständnis des öffentlichen Lebens und Parteilebens; also Studieren, Lernen ist die erste Aufgabe der Mitglieder der Windthorstbünde.

Freilich wollen wir unser Best nicht dauch unter dem Scheitel stellen; wenn wir uns hinterreden und geistig und geistlich bilden, dann wollen wir auch in der Öffentlichkeit unsere politische Überzeugung verteidigen und andere dafür zu gewinnen suchen.

Büden wir darnach gehen, von uns reden zu machen, in der Öffentlichkeit genannt zu werden, — auch damit hat man unsere Bestrebungen zu erklären versucht, — das könnten wir bequemer haben; ich verzichte darauf, solche Möglichkeiten hier aufzuführen. Wer uns solche Motive unterstellt, der kennt nicht die Mühseligkeiten politischer Kleinarbeit, der weiß nicht, wie unantbar die stille, unbeobachtete Tätigkeit bei Wahlen, bei Verbreitung unserer Presse, bei Vorbereitung von Parteiverammlungen u. dergl. ist, der hat keinen Begriff davon, wieviel selbige, ausdauernde Studium nötig ist, um zu einem klaren Verständnis der weitverbreiteten politischen Fragen zu kommen, dessen Urteil entgegnet es sich vor allem, wieviel Idealismus, Ehrerinnern, Selbsterleugnung und Pflichtgefühl bei einzelnen erforderlich ist, um auf die Dauer junge Leute für ernsthafte, schwierige Fragen zu interessieren.

Mein, meine Herren! Was uns verlangt zur Arbeit in den Windthorstbünden, das ist ein heiliges Pflichtgefühl. Ich sehe nicht an, zu erklären, daß unsere Aufgabe ist: Non nobis, sed Deo sit gloria. Nicht um unserer, sondern zu Gottes Ehre arbeiten wir. Weil wir nicht mit verbundenen, sondern mit offenen Augen die Dinge dieser Welt betrachten, auf die Zeichen der Zeit schauen und sie als sehr ernst erkennen und weil wir angeht die Zeitlage nicht schuldiger wünschen, als daß die durch das deutsche Zentrum vertretenen, christliche Weltanschauung in der Öffentlichkeit magedeud wird, deshalb stellen wir uns in den Dienst dieser Partei.

Weil wir erkennen, wie verhängnisvoll für diese Partei die große politische Gleichgültigkeit unter der jüngeren Generation ist, während z. B. die sozialdemokratische Jugend in fieberhafter Tätigkeit ist, deshalb rufen wir immer und immer wieder in die Reihen unserer Alters- und Gefinnungsgenossen hinein: Schließt Euch zusammen, ermuntert Euch gegenseitig zur öffentlichen Betätigung Eurer politischen Überzeugung und subvert die Fragen des öffentlichen Lebens, um dereinst die Arbeit übernehmen zu können, wenn unsere alten Kämpfer die Ruhe aus der Hand sinkt.

Und nun endlich: Selbst wenn wir nicht in uns selbst den unüberwindlichen Drang zu politischer Durchbildung und Betätigung fühlen, das Vorhaben unserer politischen Gegner würde uns zwingen, uns zusammenzuschließen. Sehen Sie denn nicht allenthalben einen zu vor herankommenden Generation? Haben Sie nie von liberalen und sozialdemokratischen Jugendvereinen gehört? Wir kennen solche und ihre eifrige Tätigkeit! Und sollen wir nun ihnen das Feld überlassen, sollen wir müßig zusehen, wie sie auch die Söhne unserer alten treuen Zentrumsbeteranen für sich gewinnen? Man verlange doch nicht politischen Selbstmord von uns!

Das Vorhandensein von entsprechenden Jugendvereinen bei unseren politischen Gegnern dürfte auch die beste Antwort für diejenigen Leute in unseren eigenen Reihen sein, die ohne Verständnis für den Ernst unserer Zeit bewundernd fragen: wozu denn nun einmal auch noch politische Schulung unserer Jugend? Wir sind doch früher auch ohne Jugend ausgenommen! Wie es früher ohne solche georgenen hat, das ist hier nicht an erdären. Heute kommt man ohne solche nicht mehr aus. Mit derartigen vertrauensseligen Selbsttäuschungen suchen die Anhänger unserer Weltanschauung nachgerade auf genug Gebieten ins Hintertreffen gekommen, wir halten es lieber mit dem Windthorstischen Frühlings.

Meine Herren! Beantworten wir uns zum Schluß nach Wiederholung dieser Einwände gegen politische Schulung und Betätigung noch die Frage: Wie erlangt man denn politische Bildung und Fähigkeit zu politischer Betätigung im Dienste unserer, der Zentrums partei?

Daß politische Bildung nicht ohne Schulung erlangt wird, habe ich schon darzulegen versucht. Aber vielleicht läßt sich diese vermitteln durch einzelne Parteiverammlungen, durch Zentrumsvereine oder durch den Volksverein für das katholische Deutschland oder durch die politische Presse?

Nein, alle diese Institute sind nicht geeignet, politische oder wenigstens nicht systematische politische Schulung zu betreiben.

a) Wohl niemand wird zu behaupten wagen, daß eine oder einige wenige Parteiverammlungen im Jahre, die doch nur über eine im Augenblick akute prinzipielle oder aktuelle Frage orientieren können, systematische eingehende Schulung zu bieten vermöchten. Die öffentliche Verammlung gewährt auch nicht die Möglichkeit, eingehender Fragestellung, ruhiger, allseitig aufklärender Diskussion.

b) Zentrumsvereine sind eine Form, eine Zusammenfassung aller Zentrumsmitglieder, an sich etwas Totes, Starres, eine äußere Organisation, die meist nur bei Wahlen in Aktion tritt. Wesen großes betanlassen sie eine oder mehrere der vorgenannten großen Parteiverammlungen; sie sind also selbst ebensowenig wie diese geeignet und berufen, systematische politische Schulung zu vermitteln.

c) Der Volksverein, die maßvolle, überaus segensreich wirkende Organisation der deutschen Katholiken, kann ihres konfessionellen Charakters wegen schon nicht als Parteischule des interkonfessionellen Zentrums angesehen werden; der Volksverein will aber auch lediglich sozialpolitische Aufklärung und Bildung verbreiten, Fähigkeit zu sozialpolitischer Arbeit vermitteln;

ihm kann also die Aufgabe politischer Schulung im allgemeinen nicht zugeordnet werden.

d) Die politische Presse ist zweifellos ein sehr wichtiges politisches Bildungsmittel, aber nur für diejenigen, die bereits eine politische Schule durchgemacht, die Elemente politischen Wissens schon in sich aufgenommen hat. Wo kann der Anhänger der Zentrums partei diese gewinnen?

An einer eigens zur Vermittlung politischer Bildung ins Leben gerufenen Parteschule, in dem Windthorstbünde. Der Windthorstbund will zunächst seine Mitglieder durch Instruktion zum Selbststudium und weitgehende Unterweisung dabei (Schaffung bezug. Vermittlung der Literatur), durch Schulung in Interaktions- und Vortragsabenden zu überzeugten Zentrumsanhängern heranbilden, die nicht blind und urteilslos unserer Partei Gefolgschaft leisten, sondern in klarer Erkenntnis der Vorgänge dieser Partei vor allen übrigen. Er will seine Mitglieder befähigen, wenigstens in der Politik unterhaltend Programms und Politik des Zentrums auf Grund positiver Kenntnisse sachlich und gewandt zu verfechten oder zu erklären; er will die dazu von Natur Begabten zu Rednern für öffentliche Verammlungen oder wenigstens in öffentlicher Diskussion erziehen, er will seine Mitglieder zur Mitarbeit an der Presse befähigen, er will der Partei in seinen Mitarbeiterkreisen vertrauensmännern und Unterführern, Stützpunkten für alle in Maßhalten notwendigen Arbeiten, für Verbreitung der Zentrums partei stellen.

Redner schloß mit einem warmen Appell, dem Windthorstbund beizutreten, der sich der größten Sympathie des Parteiführers Wader erfreut. Mit einem kräftigen Schlußwort des Vorlesenden wurde die Verammlung geschlossen.

Kleine badische Chronik.

* **Mannheim, 25. April.** Auf der Station Enzweilhof wurde der Bahnarbeiter Haus von Osterwald überfahren und getötet. Eine Frau und zwei Kinder verlor den Erdräber.

* **Wörthheim, 25. April.** Samstag mittag wurde der 60 Jahre alte Fuhrmann Jakob Brezing in der Station von dem Maurermeister Walburg beim Ausfahren der Erde von einem derselben Herrn Buschlag auf die Brust getroffen und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er nach einer Stunde starb.

* **Wörthheim, 25. April.** Der verunglückte Jakob Brezing wurde, wie der hiesige „Generalanzeiger“ meldet, neuerlich viel genannt als einer der beiden Mörder des Jagdaufsehers Christian Bräuer, der am 22. Jan. 1879 im Seehauswald von Brezing gemeinlich mit einem gewissen Joseph Geisel, als sie beim Wildern ertragt wurden, ermordet wurde. Brezing wurde am 19. Juni 1879 zum Tode, sein Genosse zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Strafe wurde dann auch für Brezing in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt. Er lag dann etwa 28 Jahre in Bruchsal und wurde etwa vor 3 Jahren auf Wohlverhalten entlassen. Er war dann hier bald als Müller, bald als Feldarbeit in Arbeit und hat vor einem halben Jahre noch einmal getrauert. Geisel ward neuerlich im Zuchthaus.

* **Mannheim, 25. April.** Der hier wohnhafte Tagelöhner Scheringer geriet gestern mit der Frau des Maurermeisters Wader, der mit ihm in demselben Hause wohnte, in Streit. Die heute zur Unterweisung ihres Gemahls aus dem Wirtshaus, dem ein Freund des hiesigen, der verarbeitete Tagelöhner Eiseemann, sich anschickte, beide drangen auf Scheringer in dessen Wohnung ein und riefen ihm ihre Missetat mit solcher Gewalt in den Leib, daß die Bedärme herausquollen. An dem Anflommen des Schwerverletzten wird gearbeitet. Die beiden Mordtaten wurden verhaftet.

* **Offenburg, 25. April.** Der Großherzog hat sein Erbkönig zu dem am 14. August hier stattfindenden Veteranentag ausgerufen.

* **St. Georgen i. Schw., 24. April.** Das gesamte Bezirksschulcollegium des Amtsbezirks Willmanns stiftete dieser Tage in Begleitung des Herrn Oberamtmanns Bauer der hiesigen Stadt einen Neujahr. Aus dem gemeinsam eingenommenen Mittagessen im Hotel „Hirschen“, wobei Herr Bürgermeister Franz die Worte begrüßte und Herr Amtsvorstand Bauer erwiderte, wurde unter Führung des hiesigen Gemeinderatskollegiums der Gemeindebeamten und einem Emouvierwerk ein Besuch abgeholt. Vertriebt und erheitert lehrten die werten Gäste abends wieder in ihre Heimat zurück. — Am „Sommerabend“ in Sommerau sind bereits Kurgäste eingetroffen.

* **Donauwörth, 25. April.** Die Notarwogener Gesellschaft Donauwörth gen hat liquidiert.

Groß. Hoftheater Karlsruhe.

Dienstag, den 26. April 1910.
51. Abm. Vorh. der Abm. (große Abonnementsarten).
Die Maientänze.
Schauspiel in einem Aufzuge. Frei nach dem Französischen des Fabot von Max Kaibel.
Musik von Guld in der Bearbeitung von J. A. Fuchs.
Musikalische Leitung: Leopold Reichwein.
Szenische Leitung: Peter Dumas.

Personen:
Hilbert, Hirt Marg. Brunsch.
Heute (Lisa Kallender.
Hirt (Willa Tersch.
Marquis von Montclair, genannt Damon Hans Biffard.
Richard, ein reicher Bäcker Jan van Gortom.
Schäfer und Schäferinnen.

Aufforderung zum Tanz.

Musik von Karl Maria von Weber.
Für Orchester bearbeitet von Felix Weingartner.
Einstudium von Paula Allegri-Wahl.
Musikalische Leitung: Leopold Reichwein.

Ausgeführt von:
Damen: Luise Stolz, Elisabeth Jemel, Theresie Schmid, Frieda Boer, Marie Kapp, Luise Zähler, Gertraud Kapp, Johanna Gräber, Bertha Veger, Olga Zähler, Gertraud Kapp, Johanna Zähler, Hermine Zahn, Anna Eichenbach, Luise Roth, Margarete Gebhardt, Sofie Wolde, Anna Zahn.

Herren: Richard Allegri, Franz Frohmann, Eugen Kallender, Ferdinand Kallender, Alexander Beresheim, Alfred Müller, Heinrich Blank.

Abu Hassan.

Komische Oper in einem Akt nach einem Märchen aus „Tausend und eine Nacht“, frei bearbeitet von F. C. Hiemer.
Musik von Karl Maria von Weber.
Musikalische Leitung: Leopold Reichwein.
Szenische Leitung: Peter Dumas.

Personen:
Der Kalif Edward Schaller.
Zobide, seine Gemahlin Marie Genter.
Abu Hassan, Gehilge des Kalifen Hans Biffard.
Fritze, seine Gemahlin Willa Tersch.
Fetrah, Vertrauter des Kalifen Adolf Hallgö.
Fetrah, Zobides Jofe Christine Friedlein.
Dmar, ein Weibler Hans Keller.
Gehilger Abu Hassan, Gefolge des Kalifen und Zobides.
Die Handlung spielt in Bagdad.
Abendstunde von 7 Uhr an.

Anfang: halb 8 Uhr. Ende: gegen 9 Uhr.
Preise der Plätze: Balkon 1. Abt. M. 6.—, Sperrsitze 1. Abt. M. 4.50 uho.